

Weitere Austritte Nach Ruggell kündigen auch Schellenberg und Gamprin den PVS-Anschluss

VON MICHAEL BENVENUTI

Ruggell machte vor zwei Wochen den Anfang, kündigte den Anschluss an der angeschlagenen staatlichen Pensionsversicherung (PVS) und beschloss, sich per 1. Januar 2014 dem Sozialfonds in Eschen anzuschliessen. Nun folgen mit Schellenberg und Gamprin zwei weitere Unterländer Gemeinden dem Beispiel Ruggells und wechseln ebenfalls die Pensionskasse. Schellenberg hatte bereits im Dezember einen Verpflichtungskredit von 2,6 Millionen Franken für die Ausfinanzierung der Deckungslücke bei der PVS genehmigt, Gamprin legte im Februar dieses Jahres 2,066 Millionen Franken für denselben Zweck zur Seite.

Während der Abschied von der PVS in Gamprin auch auf Kritik stiess,

gab es in Schellenberg keine Gegenstimmen, wie den Sitzungsprotokollen zu entnehmen ist. Als Gründe für das einstimmige Ja der Schellenberger nannte Gemeindesekretärin Karin Hassler im «Volksblatt»-Gespräch das fehlende Vertrauen in die PVS und den Umstand, dass die Politik auch weiterhin ihre Finger mit im Spiel habe. Mitausschlaggebend war laut Hassler zudem die Möglichkeit, dass über die künftige Ausgestaltung der PVS das Stimmvolk oder eventuell sogar der Staatsgerichtshof entscheidet.

Mauren wird heute folgen

Heute Abend wird aller Voraussicht nach die vierte Unterländer Gemeinde den Abschied von der PVS beschliessen. Im Gegensatz zu Ruggell, Schellenberg und Gamprin will sich

Mauren laut «Volksblatt»-Informationen mit der Wahl der neuen Pensionskasse aber etwas Zeit lassen und verschiedene Offerten noch einmal gründlich prüfen. Weitere Entscheidung zur künftigen Pensionsversicherung stehen ausserdem in Triesen und bei der Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland (WLU) an.

Den PVS-Anschluss schon gekündigt hat die AHV - ob sie der staatlichen Pensionskasse tatsächlich den Rücken kehren darf, scheint aber fraglich. Als Reaktion auf die Kündigung der AHV hatte die Regierung erklärt, die Eignerstrategien öffentlicher Institutionen so anzupassen, dass ein PVS-Ausstieg verunmöglicht wird. «Sonderlösungen einzelner Anschlüsse auf Kosten der Steuerzahler sind inakzeptabel», kritisierte die Regierung den AHV-Entscheid.